

## Medienmitteilung

<b>Thema</b>	<b>Bundesplatz-Eisbahn: Grünliberale lehnen dreisten und undemokratischen Nachkredit ab</b>
Für Rückfragen	Michael Köpflí (Fraktionspräsident): 079 743 30 89
Absender	Grünliberale Partei Stadt Bern, Postfach 6350, 3001 Bern eMail <a href="mailto:bern@grunliberale.ch">bern@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.bern.grunliberale.ch">www.bern.grunliberale.ch</a>
Datum	11.05.10

### **Bundesplatz-Eisbahn: Grünliberale lehnen dreisten und undemokratischen Nachkredit ab**

Die Grünliberalen rufen den Stadtrat dazu auf, den vom Gemeinderat beantragten Nachkredit<sup>1</sup> für die Eisbahn auf dem Bundesplatz im Winter 2008/2009 abzulehnen. Dies soll kein Zeichen gegen die Eisbahn als solche sein, sondern ein klares Signal an die Regierung, dass falsche Versprechungen und undemokratisches Verhalten vom Parlament nicht toleriert werden. Sowohl der Stadtpräsident/Gemeinderat wie auch der damalige Leiter des Wirtschaftsamtés versicherten im Vorfeld, dass für den Betrieb der Eisbahn keine Steuergelder verwendet würden. Im Nachhinein soll nun aber am Budget vorbei doch ein Betrag von fast 100'000 Franken gesprochen werden.

Nach dem Entscheid auch im Winter 2008/2009 eine Eisbahn auf dem Bundesplatz zu installieren, versicherte sowohl der Stadtpräsident/Gemeinderat<sup>2</sup> wie auch der damalige Leiter des Wirtschaftsamtés, dass für den Betrieb der Eisbahn keine Steuergelder verwendet würden. Der damalige Leiter des Wirtschaftsamtés meinte in einem Interview sogar: "Unsere Vorgabe war, dass man keine Steuergelder in diese Eisbahn steckt. Denn es ist keine Kernkompetenz der Stadt, mitten in der Stadt ein Eisfeld zu machen."<sup>3</sup>

Dass nun wegen einem „Irrtum“ bei der Berechnung der Betriebskosten und „weil die Verpflichtung eines weiteren/neuen Sponsors nicht zustande kam“ dennoch fast 100'000 Franken Nachkredit gesprochen werden sollen, ist für die Grünliberalen völlig inakzeptabel.

### **Kritik am Vorgehen und nicht an der Eisbahn als solche**

Die Kritik richtet sich dabei nicht gegen die Eisbahn als solche. Die glp ist sogar bereit, künftig einen Teilbetrag durch die Stadt zu sprechen, sofern das Budget ausgeglichen bleibt. Dies weil die glp das Angebot durchaus sympathisch und attraktiv findet. Es darf aber nicht sein, dass der Gemeinderat der Bevölkerung

1 vgl. <http://www.bern.ch/stadtrat/sitzungen/termine/2010/10.000056/file>

2 vgl. z.B. Der Bund vom 4.7.2008, „Wieder eine Eisbahn auf dem Bundesplatz“

3 vgl. <http://www.bernerzeitung.ch/region/bern/BundesplatzEisbahn-wird-mit-kostrom-beliefert/story/30786489>  
(Interview Tele Bärn)

kurz vor den Wahlen einen populären und ohne Steuergelder finanzierten Anlass verspricht und dann ein gutes Jahr nach den Wahlen doch rund 100'000 Franken Steuergelder am demokratisch genehmigten Budget vorbei einfordert.

### **Annahme des Nachkredits wäre ein falsches Signal an den Gemeinderat**

Wenn der Stadtrat diesen Nachkredit genehmigt, akzeptiert er implizit, dass der Gemeinderat auch künftig Ausgaben am Budget vorbei tätigt und diese erst im Nachhinein dem Parlament vorlegt. Besonders stossend ist das für die Stadtberner Bevölkerung, welche zwar über das Budget abstimmen kann, bei derartigen Nachkrediten aber über kein Mitspracherecht verfügt. Aus diesem Grund rufen die Grünliberalen dazu auf, beim beantragten Nachkredit für das Wirtschaftsamt den Teil für die Eisbahn abzulehnen. Zudem zeigt dieses Beispiel exemplarisch, dass die Stadt Bern zwingend eine strengere Regelung für Nachkredite braucht, so wie dies bspw. eine hängige Motion von Luzius Theiler (GPB) fordert<sup>4</sup>.

---

4 vgl. <http://www.bern.ch/stadtrat/sitzungen/termine/2010/ingang.2010-03-10.0025821961/view>